

# Sie sollen mehr mitreden dürfen <sup>Sz</sup> 19.01.19

In der Stadt wird die Gründung eines Beirats für Menschen mit Behinderung angepeilt – Gruppe nimmt Arbeit auf

VON DETLEF DRESSSEN

**BAD SEGEBERG.** Das seit 100 Jahren bestehende Frauenwahlrecht wird gerade allerorten gefeiert. Doch wie sieht es mit der Möglichkeit von Menschen mit Behinderungen aus, sich am politischen Geschehen zu beteiligen? Diese Frage stellten sich Betroffene und Vertreter aus Politik und Verwaltung – und sie beschlossen: Bad Segeberg soll auch in Sachen politischer Kultur barrierefreier werden.

Die städtische Behindertenbeauftragte Marianne Böttcher und Wolfgang Arnhold, Mitarbeiter der Lebenshilfe, hatten

zu einem Workshop in den Bürgersaal eingeladen. Arnhold ist Leiter eines Projektes mit dem sperrigen Titel: „Wir entscheiden mit. Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung im Kreis Segeberg“.

„Wir wollen in neun Kommunen im Kreis Segeberg die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Politik voran bringen“, sagte Arnhold. Bad Segeberg sei die erste und bisher einzige Kommune, die sich dieser Aufgabe stellt.

Zwar haben Menschen mit Behinderungen dieselben Rechte wie alle anderen. Aber es falle ihnen schwerer, diese wahrzunehmen, erklärte Sascha Lang, sehbehinderter Konzertveranstalter. Es fange damit an, dass Sehbehinderte sich in den Fluren des Rathauses kaum orientieren können. Dabei wäre es nicht allzu schwer, dies zu ändern, merkte Stadtvertreter Udo Nickel (Bündnis 90/Die Grünen) an. Aufkleber mit Braille-Schrift könnten helfen – an den Türen der Büros ebenso wie schon im Aufzug. Auch die Internetseite der Stadt könne für Sehbehinderte nutzbar werden, indem Texte beim Überfahren mit der Maus vorgelesen werden. Für Menschen mit geistigen Einschränkungen wären auch Formulierungen in der so genannten „einfachen Sprache“ hilfreich, kam prompt eine weitere Anregung aus der Teilnehmerrunde.

„Sitzt im Sozialausschuss jemand mit Behinderung?“, fragte Arnhold – und erhielt die Antwort: „Nein.“ Das sei bedauerlich, fand der Projektleiter und erinnerte an Artikel 29



Sie machen sich für einen Behindertenbeirat stark: Bürgervorsteherin Monika Saggau (von links), Projektleiter Wolfgang Arnhold, Stephanie Hemel und Max Schaurer (Lebenshilfe), Kirsten Grundmann (Sozialverband), Behindertenbeauftragte Marianne Böttcher, Unternehmer Sascha Lang und Moderatorin Britta Möwes. FOTO: DSN

der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie fordere, dass Menschen mit Behinderungen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können. Bisher gebe es nirgends im Kreis Segeberg entsprechende Vertretungen oder Beiräte. „Es entsteht erheblicher Handlungsbedarf.“

Immerhin haben laut Auskunft der Behörden exakt 2248 der etwa 17000 Bad Segeberger Einwohner einen Schwerbehindertenausweis, der eine Einschränkung von 50 oder mehr Prozent dokumentiert. Dazu kämen 1421 Menschen mit Einschränkungen ab 20 Prozent. Insgesamt seien also 3669 Bürger und somit mehr als jeder Fünfte Bad Segeberger betroffen.

Wo Verbesserungen im politische Leben wünschenswert und möglich sind, wollen die Teilnehmer des Workshops nun weiter untersuchen. Vor den Sommerferien soll eine große Veranstaltung für Betroffene,

Kommunalpolitiker und Interessierte die Bildung einer Interessenvertretung voranbringen. Ein Beirat in der Art des Seniorenbeirates sei eine sinnvolle Maßnahme, fand auch Marianne Böttcher. Eine Organisationsgruppe, in der neben ihr auch Bürgervorsteherin Monika Saggau (CDU) und

Sascha Lang kündigte einen Internetpodcast an mit Interviews mit Kommunalpolitikern und Betroffenen, deren Texte von Gebärdendolmetschern übersetzt werden. Jens Lichte (SPD) versprach, sich um Informationsmaterial der Landeszentrale für politische Bildung zu kümmern. Dieses solle allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. Arnhold bedauerte, dass die FDP und die Freie Wählergemeinschaft BBS keinen Vertreter geschickt hatten.

Finanziell unterstützt wird das Projekt „Wir entscheiden mit“ kreisweit mit einem Zuschuss des Aktion Mensch in Höhe von 180000 Euro. Der Zuschuss soll unter anderem den Einsatz von Assistenten finanzieren, die Behinderten dort helfen, wo sie an ihre Grenzen stoßen, etwa indem sie ihnen Texte vorlesen. Aber auch Veranstaltungen, Informationsmaterialien und Expertenhonore sollen von dem Geld finanziert werden.

**3669 Menschen in Bad Segeberg haben einen Behindertenausweis – etwa jeder fünfte Einwohner.**

Wolfgang Arnhold sowie Betroffene wie die örtliche Sozialverbands-Vorsitzende Kirsten Grundmann sitzen, soll die Veranstaltung vorbereiten.

Monika Saggau regte zudem eine Veranstaltung an, in der Schüler mit und ohne Behinderungen ein Wochenende lang Kommunalpolitik ausprobieren können, ähnlich dem Projekt „Jugend im Kreistag“. Sa-